



Nr. 26

24. August 2017

## Inhalt

[Daumen hoch: Junge Menschen mögen Staat und Verwaltung+++](#)  
[Forsa-Umfrage zu Wahlabsichten des öffentlichen Dienstes:  
Beamte und Angestellte können Bundestagswahl entscheiden+++](#)  
[dbb bundesfrauenvertretung fordert gleichstellungsorientierte  
Bundespolitik+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Massiver Widerstand des NBB gegen Hamburger Modell+++](#)  
[dbb berlin zum Personalbedarfskonzept des Senats+++](#)  
[dbb brandenburg: Musterverfahren zur Problematik Sonderzahlung  
2008 erfolgreich abgeschlossen+++](#)  
[VBE: Engagement der Lehrkräfte nicht länger missbrauchen+++](#)  
[DPhV: Meidinger fordert klares Bekenntnis des Bundes zum  
Digitalpakt+++](#)  
[DPolG-Forderung erfüllt: Richtervorbehalt bei Trunkenheits- und  
Drogenfahrten entfällt+++](#)  
[DPolG Bundespolizeigewerkschaft verurteilt Terror in Spanien+++](#)  
[BLBS begrüßt die Ergebnisse des BIBB-Diskussionspapiers+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Daumen hoch: Junge Menschen mögen Staat und Verwaltung

**„Staatsverdrossenheit? Fehlanzeige! Bei keiner Altersgruppe kommen Staat und Verwaltung so gut weg wie bei jungen Menschen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der diesjährigen forsa „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ am 24. August 2017 in Berlin.**

„Laut den Ergebnissen der vom dbb beauftragten Studie sind Menschen zwischen 14 und 29 Jahren regelrechte Staats-Fans“, so der dbb Chef. 82 Prozent meinen, dass die Gesellschaft der Globalisierung einen starken Staat entgegensetzen muss, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützt. Damit liegen die jungen Menschen sieben Prozentpunkte über dem altersgruppen-übergreifenden Gesamtergebnis. Noch deutlicher setzen sich die jungen Menschen bei der Frage ab, ob der öffentliche Dienst den Steuerzahler zu viel kostet: Drei Viertel glauben, dass das nicht der Fall ist. Deutliche elf Prozentpunkte mehr als bei der Gesamtbevölkerung. „Es ist gut zu wissen, dass hier eine Generation heranwächst, die um die Bedeutung eines funktionierenden Staates und eines zuverlässigen öffentlichen Dienstes weiß“, sagte Dauderstädt.

Die weiteren Ergebnisse der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ 2017 bestätigen die Trends der vergangenen Jahre: Bildung ist und bleibt eine der wichtigsten staatlichen Dienstleistungen für die Bürger. Die Top 10 der Behörden und Einrichtungen führen weiterhin die Schu-

len an, aber auch Kindergärten und (Fach-) Hochschulen sind vertreten. Entsprechend sind Lehrer, Erzieher und Professoren ebenso in den Top 10 der Berufe mit dem höchsten Ansehen zu finden. Hier steht allerdings – wie in den Jahren zuvor – unangefochten der Feuerwehrmann an der Spitze.

„Der Ruf des Beamtentums entwickelt sich weiterhin erfreulich“, sagte der dbb Bundesvorsitzende mit Blick auf die entsprechenden Zahlen, denn eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger schreibt den Beamten positive Eigenschaften zu, beispielsweise Pflichtbewusstsein (75 Prozent, + 1 im Vergleich zu 2016), Verantwortungsbewusstsein (74 Prozent, + 2 im Vergleich zu 2016), Zuverlässigkeit (75 Prozent, + 7 im Vergleich zu 2016) und Kompetenz (71 Prozent, + 6 im Vergleich zu 2016). „Negative Eigenschaften wie Sturheit werden hingegen, gerade im Vergleich zu unseren ersten Befragungen im Jahr 2007, immer seltener genannt. So kann es weitergehen.“  
(01/26/17)

## Forsa-Umfrage zu Wahlabsichten des öffentlichen Dienstes: Beamte und Angestellte können Bundestagswahl entscheiden

**„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen exakt in der Mitte der Gesellschaft, da, wo die Wahlen entschieden werden,“ resümierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 24. August 2017 in Berlin die vom dbb in Auftrag gegebene forsa-Sonderumfrage zu den Wahlabsichten des öffentlichen Dienstes. Dauderstädt: „Das sollte den Parteien zu denken geben. Die Beamten und Angestellten im Staatsdienst könnten die Bundestagswahl entscheiden. Sie sind politisch interessierter, entscheiden sich früher und weisen zudem eine höhere Parteienbindung auf als der Durchschnitt der Bevölkerung.“**

Auch dass beamtete Kolleginnen und Kollegen dabei eher der CDU/CSU zuneigen und Tarifbeschäftigte eher der SPD, macht für den dbb Chef durchaus Sinn: „Traditionell werden der SPD auf dem Politikfeld soziale Sicherungssysteme mehr Kompetenzen zugebilligt, der CDU/CSU beispielsweise eher beim Thema innere Sicherheit. Tarifbeschäftigte sind von sozialpolitischen Entscheidungen direkter betroffen als Beamtinnen und Beamte. Das beeinflusst natürlich auch ihre Wahlabsichten.“

Bedenklich sei aus Sicht des dbb, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes über alle Parteigrenzen hinweg den Politikern wenig Kompetenz im generellen Umgang mit dem öffentlichen Dienst einräumen, erklärte Dauderstädt: „Dass 40 Prozent der Beschäftigten den Parteien nicht zutrauen, für Respekt und Anerkennung gegenüber dem öffentlichen Dienst zu sorgen und 33 Prozent glauben, keine Partei würde sich für eine gerechte Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen einsetzen, ist aus unserer Sicht alarmierend. Hier

müssen und können die Wahlkämpfer in den nächsten Wochen noch viel Überzeugungsarbeit leisten.“

#### **Umfrage zu den Wahlabsichten des öffentlichen Dienstes (Stand 9. August 2017):**

Von den öffentlich Bediensteten, die sich schon für eine Partei entschieden haben, wür-

den zu Beginn der „heißen“ Phase des Wahlkampfes 40 Prozent der Union die Stimme geben, 25 Prozent der SPD. 12 Prozent wollen die Grünen, 8 Prozent die Linkspartei, 7 Prozent die FDP und 6 Prozent die AfD wählen. (02/26/17)

### **dbb bundesfrauenvertretung fordert gleichstellungsorientierte Bundespolitik**

**Die dbb bundesfrauenvertretung erwartet von der künftigen Bundesregierung eine auf Gleichstellung ausgerichtete Staatsführung. „Dazu müssen klare Ziele definiert und nachgehalten werden – Gleichstellungspolitik braucht Verbindlichkeit, Transparenz und Kontrolle des Erreichten“, forderte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, auf dem Landesfrauentag der dbb Frauenvertretung Hessen in Fulda am 24. August 2017.**

Zudem verlangte Wildfeuer ein „echtes Interesse der Politik an den Belangen der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir arbeiten nicht in einem öffentlichen Dienst, in dem Frauen und Männer die gleichen Entwicklungschancen haben. Das können wir nicht länger hinnehmen.“ Konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der geschlechterbedingten Entgeltunterschiede seien dringend nötig. Dazu gehöre neben der Aufwertung sogenannter typischer Frauenberufe auch die Beseitigung von Diskriminierungen bei der dienstlichen Beurteilung im öffentlichen Dienst. „Die überwiegend weiblichen Teilzeiterkräfte werden nicht oder nur in Ausnahmefällen mit Spitzennoten bedacht und bleiben in niedrigen Besoldungsgruppen hängen. Führungspositionen und damit verbundene Spitzenbesoldungen werden

für sie so unerreichbar“, erklärte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Darüber hinaus müsse die neue Bundesregierung eine wirkungsvolle gendersensible Gesetzesfolgenabschätzung etablieren und eine gleichstellungsorientierte Haushaltspolitik implementieren. Auf EU-Ebene erwarte die dbb bundesfrauenvertretung ein nachhaltiges Eintreten Deutschlands für die Chancengleichheit von Mann und Frau. „Gerade mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Polen sehen wir eine Neuauflage der europäischen Gleichstellungstrategie als einheitlichen europäischen Rahmen dringend geboten“, so Wildfeuer. (03/26/17)

### **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

#### **Massiver Widerstand des NBB gegen Hamburger Modell**

**Friedhelm Schäfer, Landesvorsitzender des NBB, hat Überlegungen in der niedersächsischen SPD, analog zu Hamburg ein Modell zur Einführung einer pauschalen Beihilfe zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge für Beamtinnen und Beamte umzusetzen, gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung zurückgewiesen.**

Schäfer erklärte dazu am 21. August 2018 in Hannover: „Wer solche Überlegungen hat, dem geht es darum, sich vom Fürsorgeprinzip zu verabschieden. Es gibt keine Beihilfe mehr für junge Beamte, die in die GKV geschickt werden. Stattdessen ist ein Anknüpfen des Zuschusses an den Basistarif als Obergrenze vorgesehen. Den berechnet die Versicherungswirtschaft wie sie will. Der Staat hat darauf keinen Einfluss mehr und überlässt seine

Beamten damit zu 100 Prozent dem Treiben der Aktuar. Ideologie ersetzt in dieser Diskussion zunehmend den Verstand! Im Ergebnis würde das Fürsorgeprinzip aufgegeben, also das tragende Band zwischen Dienstherr und Beamten zerschnitten. Damit würde aber auch die Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen als Arbeitgeber aufs Spiel gesetzt und somit auch ein wesentlicher Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Wer das will, wird

unseren massiven Widerstand zu spüren bekommen, auch schon während des Landtagswahlkampfes! Zur Not, sofern überhaupt eine niedersächsische Gesetzgebungskompetenz gegeben sein sollte, bleibt mal wieder nur der

Weg vor das Bundesverfassungsgericht, um unser Land vor Irrwegen von Politik zu schützen.“  
(04/26/17)

## dbb berlin zum Personalbedarfskonzept des Senats

**Der Berliner Senat hat das Personalbedarfskonzept für die Jahre 2017 bis 2025 aktualisiert und dem prognostizierten Bedarf angepasst. Jährlich soll es bis zu 6.000 Neueinstellungen geben. Schwerpunktbereiche sind Schule, Sicherheit und Wohnen. „Soweit – so gut“, erklärt dbb Landeschef Frank Becker am 17. August 2018 in Berlin, verstörend seien allerdings die Kommentare dazu im Landespressedienst vom selben Tag. Dort ist nämlich jetzt von „großen personellen Herausforderungen“ die Rede, wo noch bis vor Kurzem trotz aller Warnungen des dbb berlin allein der Rotstift regierte.**

„Die Tragweite der damaligen Entscheidung, die Zahl der Landesbediensteten auf 100.000 zu begrenzen, wollten die verantwortlichen Politiker seinerzeit nicht zur Kenntnis nehmen“, erinnert Becker, sonst stünde Berlin heute nicht vor massiven personellen Problemen. Weder die von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen als Ursache zitierten hohen Ausscheidensquoten im öffentlichen Dienst dürften eine Überraschung sein noch der zusätzliche Bedarf an qualifizierten Personal in einer wachsenden Stadt. „Das Erreichen des Renten- und Pensionsalters steht doch in der Regel bereits

beim Einstellungstermin fast auf den Tag genau fest“, wundert sich Becker. Die Zuversicht des Finanzsenators, „dass das Land Berlin dem hohen Personalbedarf entsprechen und künftig einen noch leistungsfähigeren öffentlichen Dienst gewährleisten kann“, teilt Becker hingegen – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass endlich vernünftig mit dem Personal umgegangen wird und umgehend eine gerechte Bezahlung gewährt wird, die viele gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eben nicht veranlasst, zu Behörden des Bundes oder anderer Bundesländer zu wechseln.  
(05/26/17)

## dbb brandenburg: Musterverfahren zur Problematik Sonderzahlung 2008 erfolgreich abgeschlossen

**Die Gespräche und Verhandlungen über das weitere Vorgehen gegen die ablehnend beschiedenen Widersprüche bei der Problematik der Sonderzuwendung 2008 sind seit 16. August 2017 erfolgreich beendet. Mit der Vereinbarung zu Musterverfahren wegen der Widersprüche und Klagen zur Sonderzahlung 2008 haben der dbb brandenburg und andere Gewerkschaften einen zielführenden Verfahrensvorschlag realisieren können. „Unter dem Aspekt prozessökonomischer Erwägungen war dies unabdingbar“, so der stellvertretenden Landesvorsitzenden und Verhandlungsführer des dbb brandenburg, Detlef Daubitz.**

Nach langen Diskussionen wurde die Vereinbarung zu Musterverfahren vom Finanzminister des Landes Brandenburg Christian Görke gegengezeichnet. Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass im Hinblick auf die große Anzahl der Widersprüche gegen die Sonderzahlung 2008 (Aufstockungsbetrag) in Musterverfahren eine gerichtliche Klärung erreicht werden soll.

Die Vereinbarung sieht u.a. Folgendes vor: Die Musterverfahren gelten nur für die Widerspruchsfälle gegen die Sonderzahlung 2008 (Aufstockungsbetrag), die sich ausschließlich

gegen die Höhe des Aufstockungsbetrages der Sonderzahlung 2008 gerichtet haben und für die mit Datum vom 10. Juli 2017 ein Widerspruchsbescheid durch die Zentrale Bezüge stelle des Landes Brandenburg ergangen ist oder noch ergehen wird sowie die daraus resultierenden Klageverfahren. Das Ministerium der Finanzen und die involvierten Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände wählen gemeinsam geeignete Klageverfahren aus. Die übrigen Verfahren zu der o.g. Thematik werden ruhend gestellt. Das Land Brandenburg verpflichtet sich, im Falle eines für die Kläger positiven Ausgangs alle Wider-

spruchsführer und Kläger im o.g. Sinne entsprechend der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung der Musterverfahren zu behan-

deln, soweit ein gleichgelagerter Sachverhalt vorliegt.  
(06/26/17)

## VBE: Engagement der Lehrkräfte nicht länger missbrauchen

**Der dbb beamtenbund und tarifunion hat am 24. August 2017 in Berlin die Ergebnisse der Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2017 vorgestellt. Gefragt nach dem Ansehen einzelner Berufsgruppen antworten 75 Prozent der Befragten, dass sie ein (sehr) hohes Ansehen von Lehrkräften haben. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Steigerung von 5 Prozentpunkten, im Vergleich zu 2007 hat sich das Ansehen der Lehrkräfte um 12 Prozentpunkte verbessert.**

„Das zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger würdigen die enormen Leistungen der Lehrkräfte. Gerade die Beschulung der vielen durch Zuwanderung neu hinzugekommenen Schülerinnen und Schüler, aber auch die individuelle Förderung, die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Handicap und der digitale Wandel in der Schule sind große Herausforderungen für die Lehrkräfte. Die Bürgerinnen und Bürger erkennen die hohe Eigenmotivation und das große Engagement, mit denen die Lehrkräfte ausgleichen, was ihnen an Ressourcen von der Politik verweigert wird. Das Ergebnis sehen wir deshalb mit gemischten Gefühlen. Natürlich freut uns die positive Wahrnehmung durch die Gesellschaft, aber die Belastungen der Lehrkräfte machen uns große Sorgen“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und

Erziehung (VBE), der größten Fachgewerkschaft im dbb.

Der Bundesvorsitzende stellt klar: „Es ist eine positive Entwicklung, dass der Lehrerberuf wieder mehr Wertschätzung erfährt. Das ist dringend notwendig, denn es braucht angesichts des großen Lehrermangels mehr junge Menschen, die Lehrkraft werden möchten. Damit das gelingt, ist es allerdings erforderlich, dass die Politik für jede umzusetzende Forderung auch die notwendigen Gelingensbedingungen und eine angemessene Eingangsbeholdung nach A13/EG13 für alle Lehrkräfte, unabhängig von Schulform und Schulstufe, bereitstellt. Das Engagement der Lehrkräfte, mit dem sie die Misswirtschaft der Kultusministerien ausgleichen, darf nicht länger missbraucht werden.“  
(07/26/17)

## DPhV: Meidinger fordert klares Bekenntnis des Bundes zum Digitalpakt

**Sehr enttäuscht hat sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, am 11. August 2018 in Berlin darüber geäußert, dass bis dato kein klares Bekenntnis des Bundes zu dem von der Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern ausgearbeiteten Eckpunktepapier vorliegt, das die Digitalisierung der Schulen in Deutschland vorantreiben soll.**

Wie die KMK-Präsidentin befürchtet auch der DPhV-Vorsitzende ein Scheitern des Digitalpakts, falls die Einlösung dieses Versprechens von den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl abhängig gemacht wird. Meidinger lobte die grundsätzliche inhaltliche Einigung der Arbeitsgruppe, die Investitionen des Bundes in Höhe von 5 Milliarden Euro von 2018 bis 2022 in die digitale Infrastruktur vorsieht, während die Länder in die Lehrerausbildung, in die pädagogische Umsetzung und die professionelle Wartung der Geräte investieren.

„Derzeit droht diese wichtige Initiative daran zu scheitern, dass der Bund sich nicht zu dieser Einigung bekennt und damit auch der rechtzeitige Start des Digitalpakts Anfang 2018 mehr als infrage gestellt ist. Letztendlich ist angesichts der Bedeutung dieser versprochenen Investitionen in Deutschlands Schulen auch die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt infrage gestellt, sollte sich der Digitalpakt als leeres Wahlkampfversprechen herausstellen. Jetzt ist ein Machtwort der Kanzlerin überfällig!“, so der Verbandsvorsitzende.  
(08/26/17)

## DPoIG-Forderung erfüllt: Richtervorbehalt bei Trunkenheits- und Drogenfahrten entfällt

**Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat am 24. August 2017 in Berlin ausdrücklich begrüßt, dass der so genannte Richtervorbehalt bei der Anordnung von Blutproben bei Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinwirkung entfallen ist. Die Anordnungsbefugnis liegt jetzt bei den Staatsanwaltschaften und ihren Ermittlungspersonen, also der Polizei.**

„Für diese Änderung der Strafprozessordnung haben wir jahrelang gekämpft, deshalb sind wir froh darüber, dass dies in der ablaufenden Legislaturperiode noch durchgesetzt werden konnte“, erklärte der DPoIG-Bundvorsitzende Rainer Wendt. Damit würden zeitraubende Prozeduren in der Praxis der Vergangenheit angehören. Wendt weiter: „Es war nie nachvollziehbar, warum die jahrzehntelang geübte erfolgreiche Praxis vor einigen Jahren plötzlich restriktiv geändert worden war. In der polizeilichen Praxis hatte die Inanspruchnahme einer richterlichen Entscheidung teilweise zu absurd langen Wartezeiten geführt.“

Bei der Blutentnahme handele es sich um einen vergleichsweise geringen körperlichen Eingriff, der möglichst rasch erfolgen müsse, um die notwendige Beweiskraft vor Gericht sicher zu stellen. Wendt: „Deshalb ist es notwendig, eine möglichst kurze Zeitspanne zwischen dem Ende des Alkoholkonsums und der Blutentnahme zu haben, das liegt auch im Interesse des Fahrzeugführenden, denn durch eine Blutprobe werden auch entlastende Feststellungen getroffen. Deshalb hatte sich auch der Verkehrsgerichtstag in Goslar der DPoIG-Forderung angeschlossen, die jetzt umgesetzt wurde.“  
(09/26/17)

## DPoIG Bundespolizeigewerkschaft verurteilt Terror in Spanien

**„Unbeschreibliche Wut und Trauer ergreifen mich, wenn ich die Bilder von den feigen Terroranschlägen auf friedliche und völlig unbeteiligte Menschen in Spanien sehe“, sagt der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter am 18. August 2018 in Berlin. „Nur durch das konsequente Eingreifen unserer mutigen spanischen Kolleginnen und Kollegen konnte noch Schlimmeres verhindert werden. Den unschuldigen Opfern und Angehörigen gehört unsere ganze Anteilnahme, den Sicherheitskräften unser großer Dank und den Verletzten wünschen wir baldige Genesung.“**

Walter mahnte zudem, dass auch Deutschland sich nicht in vermeintlicher Sicherheit wähen dürfe und dass die Terrorgefahr deshalb sowohl von der Politik als auch von der Bevölkerung weiterhin sehr ernst zu nehmen sei. „Die Gefahr einer Wiederholung des schrecklichen Anschlags vom Berliner Breitscheidplatz ist keineswegs gebannt. Solange sogar den Behörden bekannte islamistische Gefährder und Befürworter des so genannten IS in Deutschland mehr oder weniger frei herumlaufen können und wir keine rechtliche Handhabe besitzen, diese Leute abzuschieben oder in Haft zu nehmen, können wir gar nicht genug Polizisten auf die Straße bringen, um solche Gefahren für die Bevölkerung gänzlich auszuschließen.“ In diesem Zusammenhang unterstrich der Gewerkschaftschef nochmals die dringende Notwendigkeit, die Spezialkräfte der Polizei zur Terrorbekämpfung zu stärken und deren Einsatzkraft zu bündeln, wie dies erst diesen Monat durch die Indienstellung der Bundespoli-

zeidirektion 11 (Spezialkräfte) geschehen ist. „Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat hier die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit getroffen. Ohne gut ausgebildete und robust ausgestattete Spezialkräfte wären wir Terrorangriffen ansonsten schutzlos ausgeliefert.“ Walter betont aber zugleich, dass bei Terrorangriffen wie jetzt in Spanien zuerst immer ganz normale Streifenpolizisten vor Ort seien. Diese müssten im sogenannten „ersten Angriff“ schnell reagieren können, um Schlimmeres zu verhindern. Dazu fehle es in der Deutschen Polizei aber immer noch großflächig an der notwendigen Schutzausstattung dieser Kontroll- und Streifenbeamten mit hochklassigen Schutzwesten und schuss sicheren Titanhelmen. Auch die derzeit in den Streifenwagen zur Verfügung stehende Bewaffnung sei gegenüber militärisch geschützten Terroristen nahezu wirkungslos. Von der Politik fordert Walter deshalb neben einer weiteren Erhöhung des Personals auch eine entsprechende An-

hebung der Finanzmittel in den Haushalten  
des Bundes und der Länder für eine bessere

Ausstattung.  
(10/26/17)

## BLBS begrüßt die Ergebnisse des BIBB-Diskussionspapiers

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) habe in seinem Diskussionspapier „Berufsschule im dualen System – Daten, Strukturen, Konzepte“ die gegenwärtige Situation an den beruflichen Schulen in Deutschland sehr passend zusammengefasst, erklärte Eugen Straubinger, der Bundesvorsitzende des BLBS, am 18. August 2017 in Berlin. „Die betriebliche und schulische Seite der dualen Berufsausbildung wurden in dem Projekt sachlich fundiert, klar und deutlich gegenübergestellt. Die Berufsschule hat in Deutschland einen besonderen Stellenwert als dualer Lernortpartner.“

Für den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) seien die Ergebnisse des Projektes nicht neu, so Straubinger: „Wir haben schon immer auf die Schwierigkeiten und Probleme bei den Berufsschulen hingewiesen: den demographischen Wandel und dessen Auswirkungen, die verstärkte Differenzierung innerhalb der Ausbildungsberufe oder die unterschiedliche Zusammensetzung der Berufsschulklassen.

Der BLBS fordert daher von der Politik die beruflichen Schulen entsprechend der sich

wandelnden Anforderungen in der Arbeitswelt personell anzupassen, technisch modern auszustatten und sie bei wichtigen Forschungsvorhaben zu unterstützen, etwa der Suche nach Möglichkeiten zur Sicherung regionaler Wirtschaftsstandorte, die Analyse ungünstiger Verkehrsinfrastrukturen für die Ausbildungsberufe der Berufsschüler oder die Rolle der beruflichen Schulen für die Fachkräftesicherung.

(11/26/17)

## Namen und Nachrichten

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat am 18. August 2018 mit Entsetzen und Fassungslosigkeit auf die Terroranschläge in Spanien reagiert. „Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** in Berlin. Die Sicherheitskräfte haben offensichtlich klug und rasch reagiert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten weitere schreckliche Anschläge verhindern können. Jetzt dürfe niemand zur Tagesordnung übergehen, vielmehr müsse ein wirksames Vorgehen gegen so genannte Gefährder beginnen. „Diese Anschläge rufen uns auf dramatische Weise die angespannte Sicherheitslage ins Bewusstsein, wie sie überall in Europa besteht; schon morgen oder heute könnten solche schrecklichen Attacken erneut in Deutschland stattfinden“, erklärte Wendt.+++

„Der wachsende Bedarf an individueller Förderung der Kinder und die Inklusion stellen hohe Anforderungen an das System, welche in der Studie nicht ausreichend betrachtet werden. Natürlich brauchen wir mehr Qualität in der Bildung und es ist auch richtig, mehr Kita-

Plätze, eine bessere Qualifikation von Flüchtlingen und eine höhere Durchlässigkeit zu fordern. Die Vielzahl an zitierten Studien aber zeigt: Es krankt nicht am Wissen darüber, an welchen Stellen das Bildungssystem verbessert werden muss, sondern an der tatsächlichen Umsetzung. Die vorhandenen Ergebnisse werden von der Politik nicht ausreichend genutzt, um Schule langfristig qualitativ besser zu gestalten“, kommentiert **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) am 17. August 2017 den Bildungsmonitor 2017.+++

Nach drei bisher erfolglosen Tarifverhandlungsrunden haben die beim WDR und dem Beitragsservice vertretenen Gewerkschaften zum Start der vierten Verhandlungsrunde ihre Mitglieder zu einem Warnstreik am 22. August 2017 in der Kölner Innenstadt aufgerufen. Aus ganz NRW waren Mitglieder der **VRFF** angeleitet, um für ihre Forderungen Flagge zu zeigen und die Stimme zu erheben. Das aktuelle Angebot der Arbeitgeberseite entspricht bereits prozentual nicht den Forderungen der Gewerkschaften. Als wenn dies nicht alleine

schon ausreiche, fordert die Arbeitgeberseite zudem nun noch einen Leistungsbezug bei der Stufensteigerung sowie die Kürzung bzw. Abschaffung bestimmter Jubiläumsgelder. Bereits im Rahmen der Verhandlungen zur ARD-Altersversorgung haben die Gewerkschaften Zugeständnisse machen müssen - mehr ist für die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr hinnehmbar. Entsprechend motiviert, lautstark und kämpferisch zeigten sich dann auch die mehreren Hundert anwesenden Gewerkschaftsmitglieder.+++

„Wir danken dem Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Prof. Esser, für seine Unterstützung der Berufsschulen“, so **Eugen Straubinger**, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer

an beruflichen Schulen (BLBS) am 9. August 2017 in Berlin. Straubinger bezog sich dabei auf eine Pressemitteilung des BIBB, in der Esser von der Politik fordert, die Berufsschulen als gleichberechtigten zweiten dualen Lernort in der beruflichen Bildung attraktiver zu machen.+++

Der **BLBS** hatte schon in seiner Pressemitteilung vom 31.07.2017 eine „Breit angelegte Imagekampagne für die berufliche Bildung“ gefordert. „Wenn Prof. Esser vom BIBB diese unterstützt, freuen wir uns sehr“, so der BLBS-Vorsitzende. Anlass für den BLBS war eine zu dem Zeitpunkt veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung mit dem Titel: „Beschäftigung boomt, Ausbildung bröckelt“.+++ (12/26/17)

#### Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“  
25. September 2017, Berlin
- 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?"  
4. Oktober 2017, Berlin  
dbb Gewerkschaftstag 2017  
19. - 21. November 2017, Berlin